

Rundbrief Juli III 2022

Der ewige Streit um Jerusalems heilige Stätten Al-Aqsa oder Tempelberg



Dr. Joseph Croitoru
Korrespondent und Autor
Donnerstag, 18. August 2022
19:00 – 20:30 Uhr

Der Zoom-Vortrag wird nicht aufgezeichnet.
Verbindliche Anmeldung für den Zoom-Vortrag:
Anmeldung-Vortrag@dpg-netz.de

Joseph Croitoru studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Judaistik in Jerusalem und Freiburg. Als freier Journalist war er zunächst für die israelische Presse tätig, seit 1992 schreibt er für deutschsprachige Medien. Schwerpunkte seiner journalistischen Arbeit sind Nahost und Osteuropa, jüdische Geschichte, Islam, religiöser Fundamentalismus und Terrorismus. Er ist verheiratet und lebt in der Nähe von Freiburg im Breisgau.

Literatur:

Joseph Croitoru: Al-Aqsa oder Tempelberg. Der ewige Kampf um Jerusalems heilige Stätten

C.H. Beck Verlag, München 2021
ISBN 9783406765858, Gebunden, 365 Seiten, 26.95 EUR

Das Areal, auf dem die umstrittenen heiligen Stätten, Haram Al-Sharif, Al-Aqsa und die Klagemauer sich befinden, wird auch als Tempelberg bezeichnet.

Der jüdische Tempel wurde von den Babyloniern um 540 v.Chr. und nach dessen Wiederaufbau im Jahr 70 n. Chr. von den Römern zerstört. Nach der friedlichen Eroberung Jerusalems durch die Muslime wurden auf dem Areal die beiden islamischen Moscheen errichtet, die als die drittheiligsten Stätten im Islam gelten.

In dem Vortrag geht Herr Croitoru auf die Geschichte, die Nutzung und den ewigen Streit ein und verdeutlicht das Interesse und den Konflikt um dieses Areal.

Nahostkonflikte und Palästina in den Medien

Der verschobene Zoom-Vortrag
mit Herrn **Jörg Lau**, DIE ZEIT
findet statt
am Mittwoch, 31. August 2022
19:00 bis 20:30

Die Einladung wird rechtzeitig an unsere Mitglieder versendet.

Deutschland blamiert sich...

...eine schädliche Reaktion der Politik auf die Sichtweise anderer Kulturen...

Stellungnahme der DPG zur Erklärung der KünstlerInnen in Kassel

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. unterstützt die Erklärung der teilnehmenden KünstlerInnen und Kollektive sowie von ruangrupa und Mitglieder des künstlerischen Teams der documenta fünfzehn, die an die Mitglieder des Aufsichtsrats der documenta gGmbH gerichtet wurde.

Die DPG hält die übertriebene Reaktion der Politik auf die Sichtweise anderer Kulturen für unangemessen und unterstützt die Hauptforderungen der UnterzeichnerInnen.

Ein Abbruch der Weltausstellung wäre weder für die Kunst noch für Deutschland von Vorteil.

Die DPG solidarisiert sich mit der Erklärung der KünstlerInnen und unterstützt ihre Forderungen, weil die deutsche Politik zunehmend anti-palästinensisch agiert.



Das Foto wurde auf der documenta im Atelier der palästinensischen Künstlergruppe „The question of funding“ aufgenommen. I

Es zeigt neben einigen Kunstwerken die aufgesprühte (und von den Künstler später durchgestrichene nicht entfernte) Zahl „187“, die als Drohung verwendet wird.

Erklärung der documenta-Künstler*innen aus Anlass der Empfehlung des Aufsichtsrats der documenta vom 16.7.22, "in einen Prozess der Konsultation mit Wissenschaftlern aus dem Bereich des zeitgenössischen Antisemitismus einzutreten".

Sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrats der documenta gGmbH,

wir, die UnterzeichnerInnen dieser Erklärung, wenden uns heute an Sie als teilnehmende KünstlerInnen und Kollektive sowie an ruangrupa und Mitglieder des künstlerischen Teams der documenta fünfzehn.

Im Anschluss an die Erklärung des Aufsichtsrats der documenta und Museum Fridericianum gGmbH vom 16. Juli 2022 nehmen wir die Gelegenheit wahr, eine Stellungnahme zu den Empfehlungen des documenta-Aufsichtsrats zu verfassen, insbesondere zu der Empfehlung, "in einen Prozess der Konsultation mit Wissenschaftlern aus dem Bereich des zeitgenössischen Antisemitismus einzutreten".

Wir erkennen und bedauern den Schmerz, den die Abfolge der Ereignisse im Zusammenhang mit Taring Padis Werk "People's Justice" verursacht hat, sind jedoch der Meinung, dass dies nicht zu einer allgemeinen Atmosphäre der Untersuchung und Zensur führen sollte. Wir bekräftigen noch einmal unsere Haltung gegen alle Formen der Diskriminierung, einschließlich Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Transphobie, Islamophobie, antipalästinensische, romafeindliche, antischarze, antiasiatische, behindertenfeindliche, kastenbezogene, klassenbezogene und altersbezogene Handlungen und Angriffe.

Wir sind zutiefst enttäuscht, dass Sie sich entschieden haben, den Rassismus und die Gewalt zu ignorieren, denen die Künstler, die künstlerische Leitung und das Team in den letzten acht Monaten ausgesetzt waren. Viele von uns haben Zeit, Ressourcen, Liebe und guten Willen in das gemeinsame Projekt der documenta fünfzehn investiert. Die Künstlerinnen und Künstler haben Monate und Jahre fernab von ihrer Heimat und ihren Familien verbracht, um Deutschland und den Kasseler Gemeinden eine kollektive, gemeinschaftliche Arbeit zu ermöglichen. Diese Geschenke wurden in veröffentlichten Erklärungen von Politikern, in Pressemitteilungen und in der Medienberichterstattung nicht anerkannt oder gewürdigt.

Seit den ersten Medienangriffen im Januar werden palästinensische, pro-palästinensische, schwarze und muslimische Künstler von den Medien und den Politikern ins Visier genommen und diskriminiert und sind in der Folge bereits der Zensur durch die Institutionen ausgesetzt. Diese Diskriminierung hat uns deutlich gemacht, dass wir dem Vorschlag des Aufsichtsrates nicht trauen können. Um an einige dieser Vorfälle zu erinnern, erwähnen wir hier nur einige wenige:

Am 23. Juni 2022 wurde das WH22 Werner-Hilpert-Straße 22, ohne die Künstler oder Kuratoren zu informieren, für mindestens zwei Stunden geschlossen, bis Mitglieder von ruangrupa und des künstlerischen Teams es wieder öffneten. Am selben Tag wurde ein Teil des Hübner-Areals, in dem die Kunstwerke von Subversive Film ausgestellt waren, für den ganzen Tag geschlossen.

Am 10. Juli 2022 wurden Teile des Archivmaterials, die sich auf Palästina beziehen, ohne Wissen und Zustimmung des Kollektivs Archives des luttes des femmes en Algérie (Archiv der Frauenkämpfe in Algerien) entfernt. Es wurde erst am 11. Juli 2022 auf Ersuchen der Künstlerinnen zurückgestellt.

Diese Angriffe haben ein Klima der Feindseligkeit und des Rassismus gegenüber den Künstlern geschaffen, was dazu führte, dass sie weiteren Angriffen ausgesetzt waren:

Am 27. Mai 2022 wurde in WH22, dem Ort, an dem die Künstlerkollektive Question of Funding, Party Office und Hamja Ahsan untergebracht sind, eingebrochen und Vandalismus verübt, indem Parolen wie "187" und "Peralta" aufgesprüht wurden. Die Künstler vermuteten, dass sich die Slogans auf den kalifornischen Strafrechtsparagrafen über Mord und die spanische Neonazi-Aktivistin Isabel Peralta beziehen, die zu Gewalt gegen den Islam aufgerufen hat. Die Künstler beschlossen, das Graffiti am Veranstaltungsort zu belassen, und die documenta erstattete Strafanzeige.

Am 13. und 17. Juni 2022 wurde die Kirche St. Kunigundis, in der die Arbeiten der Atis Rezistans|Ghetto Biennale (Haiti/international) ausgestellt werden, nach fünf Tagen Beobachtung durch eine Frau in einem Auto von einem Mann gestürmt, der die anwesenden Künstler der Atis Rezistans|Ghetto Biennale bedrohte und anschrie. Er filmte auch mit seinem Handy, und das Video ist im Umlauf. Am 17. Juni 2022 lungerte derselbe Mann draußen herum.

Am 2. Juli 2022 wurden Mitglieder des Party Office Kollektivs auf den Straßen Kassels von transphobischen Männern angegriffen und anschließend von der Kasseler Polizei angegriffen. Die Angreifer wurden laufen gelassen. Das Parteibüro fordert eine Entschuldigung für den Umgang mit der Situation und weitere Schritte, um ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen zu gewährleisten.

Zahlreiche Cyberstalking-Attacken und Drohungen gegen Mitarbeiter und Künstler wurden vom JuFo (Junges Forum DIG), insbesondere auf seinem Instagram-Account, verübt.

Es gab viele weitere dokumentierte Vorfälle sowie institutionelle rassistische, islamfeindliche und transphobe Diskriminierung. KünstlerInnen und Teammitglieder, die für die documenta fünfzehn arbeiten, sind bis heute auf verschiedenen Ebenen von Belästigung und Mobbing betroffen.

Neben diesen direkten rassistischen und transphoben Vorfällen haben Künstler und Lumbung-

Mitglieder strukturellen Rassismus und Vernachlässigung erfahren. Diese wurden durch Probleme im Zusammenhang mit Visa, Unfreundlichkeit und Vernachlässigung von Daten und Kommunikation im Zusammenhang mit Künstlern und Arbeitnehmern, die sich als BIPOC, nicht-binäre und Trans-Künstler identifizieren, deutlich. Dies hat ihr physisches und psychisches Wohlergehen und ihren künstlerischen Prozess behindert. Dazu gehört auch, dass mehreren Künstlern und Ruangrupa-Mitgliedern kein oder nur ein befristetes Visum erteilt wurde und dass die Künstler unter entsetzlichen Bedingungen untergebracht wurden. Es ist uns ein Bedürfnis zu betonen, dass wir diese Verantwortung nicht den überarbeiteten, unterbesetzten und oft ungerecht behandelten Mitarbeitern des documenta 15 Teams aufbürden.

Die Empfehlung des documenta-Aufsichtsrats, "in einen Prozess der Konsultation mit Wissenschaftlern aus dem Bereich des zeitgenössischen Antisemitismus einzutreten", wurde gegen die Meinung von ruangrupa und dem künstlerischen Team ausgesprochen. Der Aufsichtsrat hat die beteiligten Künstler nicht konsultiert. Der Aufsichtsrat hat diese Vorgehensweise gewählt, obwohl er sich vertraglich zu gegenseitigem Respekt, Wohlverhalten und Loyalität gegenüber ruangrupa verpflichtet hat (Klausel 12.1 des Vertrages zwischen Documenta gGmbH und ruangrupa).

Warum wir die Empfehlung des Aufsichtsrates ablehnen, "in einen Prozess der Konsultation mit Wissenschaftlern aus dem Bereich des zeitgenössischen Antisemitismus einzutreten":

Wir möchten daran erinnern, dass wir im vergangenen Jahr versucht haben, mit dem Forum "Wir müssen reden! Kunst, Freiheit und Solidarität" im vergangenen Mai versucht haben, einen Dialog zu beginnen, wobei wir einen ehrenwerten, aber vergeblichen Versuch unternommen haben, eine gute

Antwort auf eine schlechte Frage zu formulieren. Wir möchten auch daran erinnern, dass der Dialog nach intensiven Gesprächen mit den Forumsteilnehmern, in denen deutlich wurde, dass eine freie und produktive Diskussion unmöglich war, abgebrochen wurde. Vorausgegangen war die Kritik von Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, an der Zusammensetzung des Forums. Einige Teilnehmer zogen sich wenige Tage vor der geplanten Eröffnung des Forums zurück oder zogen es in Erwägung, sich zurückzuziehen.

Die Kunstwerke sind nun seit mehr als 30 Tagen ausgestellt. Sie waren für die Öffentlichkeit in voller Transparenz zu sehen. Mehr als bei jeder anderen documenta waren und sind die Künstler in den Ausstellungsräumen präsent, um sich mit dem Publikum auszutauschen. Das Publikum hat mit großer Begeisterung auf die Ausstellung reagiert. Kunstwerke und Künstler zu untersuchen, ist anklagend und respektlos. Wir sehen es als eine Untersuchung, die implizieren könnte, dass jeder Künstler oder jedes Kunstwerk antisemitisch ist, bis das Gegenteil bewiesen ist.

Die Untersuchung von Kunstwerken, die Geschichte und Gegenwart in Frage stellen und vorantreiben, bedeutet, dass Kunstwerke sich nicht mehr mit der Komplexität dieser Geschichte auseinandersetzen können. Die Rolle des Publikums ist es, sich auf gleicher Augenhöhe damit auseinanderzusetzen, nicht in anklagender Weise. Wenn die Kunstwerke einer Prüfung unterzogen werden, hat dies tiefe Auswirkungen auf ihre lokalen Gemeinschaften und politischen Kontexte.

Die Aufnahme eines Beirats wird zu einem Präzedenzfall und schafft ein Umfeld der Angst und Selbstzensur, das es den Kuratoren und Künstlern unmöglich macht, sich in einem sicheren Umfeld offen mit der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. In der Kunst geht es nicht nur um Ästhetik und Komfortzonen, die Kunst spielt eine wichtige Rolle bei der Öffnung von Kanälen und der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, lassen Sie es zu. Das ist es, was künstlerische Freiheit bedeutet.

Dieses Umfeld der Einschüchterung, des Misstrauens und der Zensur ist unhaltbar, und einige der Kollektive in der Ausstellung haben diese Erfahrung schon viel zu lange gemacht. Daher lehnen wir

gemeinsam und kategorisch Ihre Empfehlung ab, "in einen Konsultationsprozess mit Wissenschaftlern aus dem Bereich des zeitgenössischen Antisemitismus einzutreten", oder eine erneute Überprüfung der Kunstwerke. Wir werden kein Ergebnis akzeptieren, das aus einer solchen Überprüfung resultiert. In einer am 25. Juni 2022 an die Direktion gesendeten E-Mail forderten wir die Institution auf, die erneute Prüfung unserer Werke unverzüglich einzustellen und alle Ausstellungsorte und Kunstwerke zu öffnen, damit unsere Kunstwerke von der Bevölkerung ohne Unterbrechung erlebt und angenommen werden können. Wir bitten Sie hiermit erneut, Ihre Empfehlung zurückzuziehen.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass Zensurbehörden ihre Geschichte und ihren Kontext in Deutschland und weltweit haben. Wir kommen aus vielen Ländern, in denen wir mit Zensurgremien und Unterdrückung konfrontiert sind und uns auch weigern, sie zu befolgen. Zensurgremien entziehen dem Publikum die Verantwortung, sich zu engagieren, zu lernen und zu verlernen. Sie entziehen dem Publikum die Möglichkeit, sich eine unabhängige politische Meinung zu bilden. Zensurausschüsse sind das Ende einer Ära der Kunst, wie wir sie kennen; sie stehen für den Beginn einer neuen Ära (oder vielmehr für die Rückkehr zu einer Ära), in der die Kunst im Dienst politischer Regime steht.

Abschließend erwarten wir vom Aufsichtsrat Folgendes:

1., dass die Empfehlung, ein Gremium von Wissenschaftlern mit der Überprüfung der Kunstwerke zu beauftragen, unverzüglich zurückgezogen wird.

2., Dass KünstlerInnen und documenta fifteen Teammitglieder (namentlich Parteibüro, Hamja Ahsan), die zahlreichen E-Mails über physische und Cyber-Attacken geschickt haben, beantwortet und weiterverfolgt werden und dass solche Nachrichten auf den offiziellen facebook- und instagram-Seiten der documenta fifteen sofort abgerufen werden.

3., Dass die Täter und Täterinnen der bisher registrierten Übergriffe von der documenta und der Stadt Kassel zur Rechenschaft gezogen werden.

4. Dass ein sicheres Umfeld frei von jeglicher Form von Diskriminierung und Übergriffen in Kassel gewährleistet wird, indem ein Verhaltenskodex, ein Beschwerdeprotokoll und eine Reaktionsstruktur (wie z.B. der Zugang zu den Anwälten der documenta gGmbH) für solche Diskriminierungen erarbeitet wird.

Wir erwarten bis zum 22. Juli 2022 eine Rücknahme Ihrer Empfehlung zum Beirat. Andernfalls behalten wir uns vor, weitere Schritte gemeinsam zu unternehmen.

Außerdem erwarten wir bis zum 30. Juli 2022 eine öffentliche Entschuldigung für das Versäumnis, die rassistischen, islamfeindlichen und transphoben Angriffe weiterzuverfolgen oder zu erwähnen, sowie eine konkrete Strategie, um die oben genannten Diskriminierungen vieler KünstlerInnen zu beseitigen.

Wir sind hier, um zu bleiben und wollen diese Ausstellung offenhalten, aber mit der Garantie der künstlerischen Freiheit. Wir sind überzeugt, dass die Kunstwerke für sich selbst sprechen können, und wir glauben an die Fähigkeit des Publikums, sich als mündige Bürger ohne staatliche Aufsicht mit den komplexen Zusammenhängen der Kunstwerke auseinanderzusetzen. Wir sind für offene und aufrichtige Gespräche und kollektiven Austausch hier. Wir sind hier als Menschen mit unseren Schwächen, unserer Stärke, unserem Mut und unserer Kunst, und wir wollen so lange wie möglich bleiben, um einen kritischen und freudigen Dialog mit denen zu führen, die uns in unserer Vielfalt als gleichwertig akzeptieren.